

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Der Verlagspreis beträgt 1.50 RM. pro Quartal

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaft

Abzugspreis monatlich drei Haus 2 RM. (Halbmonat 1 RM.) durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. B. Dresden-2 / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17250 / Postfachkonto: Dresden Nr. 18690, Dresdner Verlagsgesellschaft / Schriftleitung: Dresden-2, Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17250 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechtunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gestrichelte Zeile 20 RM. für die Reklameweile an den Tagen der Ausgabe wochentags bis 9 Uhr (außer 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Anzeigenpreise oder auf Zurückzahlung des Abzugspreises

Werktätige Zittaus!
Kundgebung
Sonntag, den 23. Januar 1928
10.30 Uhr, Kaiserhalle, Cigaradorf

4. Jahrgang Dresden, Dienstag den 24. Januar 1928 Nummer 20

Berschärfung im mitteldeutschen Kampf

Geschlossene Streikantwort der Metallarbeiter

Die Metallindustrie stillgelegt

Magdeburg, 24. Jan. (Eig. Drahtmeldung.)
Die Kampfsituation hat sich weiter verschärft. Die mitteldeutsche Metallindustrie hat in den Magdeburger Betrieben überall durch Anschlag bekanntgemacht, daß die Arbeiter Dienstag früh ausgeperrt und entlassen sind und ihre Papiere und ihren rechtlichen Lehren abholen müssen. Soweit sich bei den notwendigen Instandhaltungsarbeiten noch Arbeitsgelegenheit bietet, sollen lediglich Behelfe und einige Schwertriebsbeschäftigte dazu verwendet werden. In der Metallwarenfabrik Neuthe wurden Stahlblechmitglieder und Mitglieder des Königin-Louise-Bundes aufgesperrt, weiter zu arbeiten. Aber selbst unter diesen nationalitätlich eingestellten kleinen Arbeitergruppen herrscht jetzt schon starke Stimmung für die Teilnahme an dem allgemeinen Kampf, sowie das Gefühl, daß die Befolgung der Unterehrparole eine Gemeinheit gegen alle kämpfenden Metallarbeiter sei.

Dejau, 24. Jan. (Eig. Drahtmeldung.)
Alle eisenerzeugenden Werke sind hier der Streikparole geschlossen gefolgt. Seit gestern liegen die Großbetriebe still, so zum Beispiel Vomag-Megala N.G., Dejauer Waggonfabrik, Firma Volkhaus usw. Die Zahl der streikenden Metallarbeiter übersteigt bereits 4000. Auch in Köhlitz liegt seit gestern die Schiffsverft der Gebrüder Sachse vollkommen still.

Während die kämpfende Arbeiterschaft in Mitteldeutschland den Aussperrensbeschluss der Metallindustriellen mit geschlossener Arbeiterschaft beantwortet und ihre Kampfbegeisterung dadurch nur erhöht wurde, organisieren die Reformisten eine sich täglich steigende Hege gegen die kommunistischen Arbeiter und sabotieren Resolutionen gegen die kommunistische Presse. Diese Hege hat keinen anderen Sinn, als die ideologischen Vorbereitungen zu einer elenden Kapitulation der Reformisten zu schaffen. Während die SPD und ihre Presse zielbewusst vertritt, allerdings meist erfolglos, die Front der Metallarbeiter zu zerschlagen und die Arbeiter gegeneinander auszuspielen, sehen die christlichen Gewerkschaften in aller Ruhe auf Wiedergeburt aus. Jeder Arbeiter, der sich bei den Christlichen anmeldet, erhält sofort Streikunterstützung, muß aber eine Verpflichtung unterschreiben, daß er mindestens ein Jahr lang Mitglied der christlichen Gewerkschaft bleibt. Bei Nichterfüllung dieser Verpflichtung muß er die Streikunterstützung zurückzahlen. Die verstärkte Hege der Reformisten gegen die Opposition und ihre Führer läßt sich aus der Tatsache erklären, daß der Einfluss der Gewerkschaftsopposition auf die Masse der freigebergschaftlichen Arbeiter beständig im Wachsen begriffen und die Reformisten gezwungen sind, sich unter dem Druck der Arbeiter den Vorwürfen der Opposition zur Führung des Kampfes zu beugen.

Wie bereits bekannt, hatten die reformistischen DAB-Führer im mitteldeutschen Metallarbeiterkampf auf einer Bezirkskonferenz in Köthen eine Resolution angenommen, die sich gegen die Einmischung der politischen Parteien in die Gewerkschaftskämpfe aussprach. Nach einer Meldung aus Halle hat die Zentralstreikleitung nach dem Aussperrensbeschluss der mitteldeutschen Metallindustriellen am Montag einen Aufruf an die streikenden Metallarbeiter erlassen, in dem die reformistischen Einzelstreiker der Zentralstreikleitung sich wiederum in ganz gemeiner Art und Weise gegen die Opposition und die Unterbrechung der streikenden Metallarbeiter durch überparteiliche Arbeiterorganisationen wenden. Es heißt darin u. a.:
„Wiederholt haben Bezirkskonferenzen die Einmischung Außenstehender abgelehnt. Nun macht sich die sogenannte Internationale Arbeiterhilfe bemerkbar und veranlaßt Sammlungen für die streikenden Metallarbeiter. Wir lehnen auch diese Einmischung und Unterstützung entschieden und dankbar ab. Jede Ortsverwaltung, sowie jeder Kollege ist gemäß Verbandsbeschluss gehalten, Sammlungen irgendwelcher Art durch die Internationale Arbeiterhilfe zu unterbinden. Wir ersuchen die Internationale Arbeiterhilfe zu unterbinden. Wir ersuchen nicht nur die Metallarbeiter, sondern die gesamte Arbeiterschaft, ihre Taschen zuzubehalten und Betrieben jeglicher Art nicht zu helfen. Die einzelnen Glieder des DAB sind zur Solidarität miteinander verbunden. Das gibt uns die Gewissheit, daß wir als freie Gewerkschaft ohne feilliche Hilfe, also unabhängig von Staat und Gemeinden, sowie von feillichen gewerkschaftsschädigenden Organisationen den Kampf zu führen in der Lage sind.“
Diese systematische Hege der reformistischen Gewerkschaftsführer gegen die Opposition findet ihre Ergänzung in den Ausstellungen Husemanns auf der Bergarbeiterkonferenz am Sonntag in Bochum, in der Husemann u. a. ausführte, daß der DAB die „Einmischung jeder politischen Partei in die Taktik des Verbandes scharf ablehne“ und eine dementsprechende Resolution zur Annahme vorlegte, die allerdings bei einer Anwesenheit von 700 Funktionären nur eine Mehrheit von 35 Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen bekam.

Der gestrige Abend-Vormärts fällt dieses Ergebnis noch in der Weise, daß er berichtet, daß die Annahme der Entschliebung nur gegen 35 bei 4 Stimmenthaltungen erfolgte, um auf diese Weise die Stärke der Opposition zu verweisen. Das Stempel-Organ berichtet auch nichts darüber, daß die Kündigung des Mehrarbeitsabkommens, die von der Konferenz beschlossen wurde, nur unter dem Druck und gemäß dem strikten Verlangen der Opposition und gegen den offensichtlichen Willen Husemanns und der DAB-Führer erfolgte, die nur den Lohnzins gefällig wissen wollten.

Streikdemonstration in Halle

Die SPD sabotiert die finanzielle Unterstützung des Kampfes
Halle, 24. Januar. (Eigene Drahtmeldung.)
Gestern fand eine große Massenkundgebung der streikenden Metallarbeiter im Volkspark statt, in der Bericht über die Streiklage und die bisherigen Verhandlungen gegeben wurde. An diese wichtige, von selten Kampfeswillen erfüllte Versammlung schloß sich eine große Demonstration an, bei der 4000 streikende Metallarbeiter unter roten Fahnen durch die Straßen marschierten, besonders durch jene Stadtteile, in denen die wichtigsten Metallbetriebe liegen. Die Empörung der Metallarbeiter über die Unternehmerbrutalität ist sehr groß. Die Kampfstimmung ist

ebenso begeistert, wie am ersten Tage der Kampfaufnahme. Am Nachmittag fand bei überfüllten Tribünen eine Stadtratsbesprechung statt, in der zu dem kommunistischen Antrag auf 50 000 Mark Unterstützungsbeträge für die streikenden Metallarbeiter Stellung genommen werden sollte. Um den Dringlichkeitsantrag möglichst schnell abzuwürgen, behauptete der Stadtverordnetenvorsteher einfach, daß die kommunistische Forderung drei Unterstützungsbeträge unter diesem Antrag gefällig hätte. Daraufhin brach ein ungeheurer Tumult aus und die Sitzung mußte aufgehoben und vertagt werden. Bei Wiedereröffnung wurde schnell ein Antrag durchgepeitscht, wonach jeder Redner nur 15 Minuten sprechen durfte. Der Vertreter der kommunistischen Fraktion erhielt den begeisterten und einmütigen Beifall der zahlreich anwesenden streikenden Metallarbeiter für sein Eintreten für praktische Hilfe für die Streikenden. Der sozialdemokratische Redner erlaubte auf seine unerhörte und schamlose Hege eine Reihe von entwürdigenden, erregten Zwischenrufen von der Tribüne, weil er nicht nur die Kommunisten und die gewerkschaftliche Opposition, sondern auch sämtliche im Kampf stehenden unorganisierten Metallarbeiter in gemeiner Weise beschimpfte und heruntertrieb. Der Vorsteher ließ daraufhin sofort durch Polizei die Tribüne teilweise räumen und dann wurde vom Präsidium aus der kommunistische Antrag zur Abstimmung gestellt und gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt. Nach dieser Abstimmung wurde die Sitzung gegen den Protest der kommunistischen Fraktion und der Tribünenbesucher sofort geschlossen.

Die Kampfplage in der Hüttenindustrie

Die Ausspernung der Mitteldeutschen Stahlwerke N.G. im Gröbizer und Rieser Werk wird von der ganzen Arbeiterschaft pariert. Die Werke in Riels und Gröbitz liegen vollkommen still. Die Stimmung der Belegschaft ist zuverlässig. Die Meldung über die Solidaritätsaktion der Arbeiter in der Sächsischen Gußstahlhütte in Freital haben die Kampfstimmung noch bedeutend gehoben.

In der Sächsischen Gußstahlhütte in Freital ist die Ausspernung vollständig. Die Direktion hat bekanntgegeben, daß sie bereit ist, das Werk wieder zu eröffnen, wenn sich genügend Arbeitswillige, die zu den Bedingungen des Schiedspruches zu arbeiten gewillt sind, gefunden haben. Die Hoffnungen der Direktion sind vergebliche Liebesmüh, die Front der Gußstahlhüttenarbeiter, die bereits im Jahre 1924 eine eiserne Disziplin bewahrt, steht fest und geschlossen. Es haben sich lediglich zwei alte Arbeiter, einer davon ist Mitglied des Arbeitervereins, bereitgefunden, der Direktion ihre Dienste anzubieten. Die Stimmung der Arbeiter gegen die Direktion ist erbittert und kam in der am Montag früh abgehaltenen Streikerversammlung unterhohlen zum Ausdruck. Wie uns mitgeteilt wird, versuchte der Betriebsratsvor-

sitzende, entsprechend dem Verlangen der Direktion, eine größere Anzahl von Kostandsarbeitern zur Verfügung zu stellen. Die ausgesperrten Belegschaften einzelner Werkstätten lehnten jedoch ab, den weitgehenden Anforderungen der Direktion nachzukommen und verweigerten die Bereitstellung von Arbeitskräften zur Verrichtung von Arbeiten, die nicht als „Kostandsarbeiten“ anerkannt werden könnten. Die Direktion verlangt insbesondere die Stellung von Arbeitern zur Entladung der angelieferten und anrollenden Loris, um die Standgelber zu ersparen. Die Direktion hat gestern früh einen Anschlag herausgegeben, in dem sie sich eine neue freie Prokuration der Arbeiter erlaubt. Die Direktion behauptet in diesem Anschlag, daß sie zur Ausspernung gezwungen worden wäre, da es unmöglich gewesen sei, mit der Belegschaft im Guten auszukommen.

In dieser freien Weise beantworten die Kapitalisten die Langmütigkeit und die Geduld, die von den Gußstahlhüttenarbeitern an den Tag gelegt wurde. Der Anschlag der Direktion ist aber zugleich eine neue Illustration dafür, wie brutal und rücksichtslos die Kapitalisten gegen die Arbeiter vorgehen, wenn sie nicht bereit sind, sich dem Diktat der Hüttenbarone zu fügen und sich ihren Profitinteressen zu opfern.

Der mitteldeutsche Kampf

Unternehmer und Reformisten im Kampf gegen die KPD

Die mitteldeutschen Metallindustriellen haben den Kampf der Metallarbeiter gegen die Hungerslöhne mit der Ausspernung am Dienstag beantwortet. Sie wollen auf diesem Wege die Verbindlichkeitsklärung des Dreipennig- oder eines anderen elenden Schiedspruches durchsetzen. Die Abwehr der Offensive der Metallindustriellen und die Entämpfung der 15-Pfennig-Lohn-erhöhung in der mitteldeutschen Metallindustrie ist von großer Bedeutung für die Lohnbewegung im Berliner und sächsischen Industriegebiet. Auch unter dem Einfluss der Berliner Scharfmacher und der sächsischen Industriellen ist der Aussperrensbeschluss gefasst worden. Die Lage ist klar. Ebenso wie die mitteldeutschen Metallindustriellen auf Vorkippen kämpfen gegen die Lohnforderungen der Arbeiter, so ist der Kampf der mitteldeutschen Metallarbeiter von außerordentlichem Einfluss auf den Verlauf der zahlreichen Lohnbewegungen in den nächsten Monaten in allen Teilen des Reiches.

Der hartnäckige Widerstand der mitteldeutschen Metallindustriellen ist aber vor allem auch die Folge der Erfahrungen des Kampfes in der Hüttenindustrie. Nachdem die Industriellen die Hüttenarbeiter mit 2 Pfennig Lohnzulage abspinnen konnten, glauben sie, die mitteldeutschen Arbeiter mit 3 bis 5 Pfennig Lohnzulage zur Arbeit zwingen zu können. Dabei spekulieren sie besonders auf das Interesse der SPD an der Kontinuitätsfähigkeit der „nationalen Wirtschaft“. Die Scharfmacher der

Metallindustrie rechnen damit, daß die Reformisten sich im Interesse der „Erhaltung der Konjunktur“ einem Schiedspruch fügen werden, der nur wenige Pfennige bringt. Unter dem Druck der mitteldeutschen Metallarbeiter und infolge des hartnäckigen Widerstandes der Industriellen waren die Gewerkschaftsführer gezwungen, den Streik durchzuführen. Aber wie geschah das? In Magdeburg erklärten die reformistischen Funktionäre, daß Ende voriger Woche der Kampf zu Ende gehen wird und am Montag die Arbeit wieder aufgenommen würde. Die reformistischen Führer hatten also gehofft, daß die am Donnerstag stattgefundenen Verhandlungen vor dem Vertreter des Reichsarbeitsministeriums wenigstens zu einem solchen Ergebnis führen würden, daß sie den Kampf abwürgen können. Die Industriellen sind durch die reformistische Politik direkt zu einem verschärften Kampf gegen die Arbeiterforderungen ermuntert worden. Im sozialdemokratischen Halleischen Volksblatt vom 21. Januar wird gesagt:

„Es galt zunächst, die Verbindlichkeitsklärung des völlig unzulässigen Magdeburger Schiedspruches zu verhindern. So lange diese Verbindlichkeitsklärung drohte, fühlte sich die Arbeiterschaft mit gebundenen Händen dem Unternehmer ausgeliefert.“
Das heißt also, wenn der Reichsarbeitsminister den 3-Pfennig-Schiedspruch verbindlich erklärt hätte, wären den Arbeitern die Hände gebunden gewesen und sie hätten sich dem Bürgerblut-